

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

das Verhältnis zwischen der Türkei und mehreren europäischen Ländern – darunter auch Deutschland – ist derzeit extrem belastet. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir der Überzeugung, dass die **innenpolitischen Auseinandersetzungen der Türkei nicht nach Deutschland getragen** werden dürfen. Wir wollen Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder deshalb mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern. Selbstverständlich gelten unsere demokratischen Grundsätze auch weiterhin. Aber unsere Versammlungs- und Meinungsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, um für die umstrittene Verfassungsänderung in der Türkei zu werben – eine Verfassungsänderung, die die Demokratie letztlich abschafft. Die Grundrechte stehen unseren Staatsbürgern zu, nicht jedoch ausländischen Regierungsmitgliedern, die in Deutschland Wahlkampf betreiben wollen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht gerade erst bestätigt. Da sich die Untersagung derartiger Wahlkampfveranstaltungen auf Grundlage des Versammlungsrechts immer sehr schwierig gestaltet, ist jetzt die Bundesregierung gefragt. Sie könnte Erdoğan und seinen Ministern zum Beispiel bereits die Einreise verweigern. Das allerdings wäre riskant und würde zu einem außenpolitischen Eklat führen. Wir halten es deshalb für sinnvoller, wenn die Bundesregierung ihnen die Einreise zwar erlaubt, Auftritte bei Kundgebungen aber untersagen würde. Denn weder das Grundgesetz noch das Völkerrecht geben ausländischen Staatsoberhäuptern und Regierungsmitgliedern einen Anspruch, nach Deutschland zu reisen, um amtli-



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*

che Funktionen auszuüben. Wir FREIEN WÄHLER werden nicht zulassen, dass Toleranz und Meinungsfreiheit in Deutschland von fremden Machthabern für demokratie- und freiheitsfeindliche Agitation missbraucht werden.

R ü c k b l i c k

Eine geplante **Änderung des Kommunalwahlrechts** hat diese Woche zu massivem Ärger geführt. Die CSU hat einen Antrag auf Rückkehr zum D'Hondt-Sitzverteilungsverfahren bei Gemeinde- und Landkreiswahlen gestellt. Das aber würde die großen Parteien überproportional stärken. Wir sehen in diesem Vorstoß einen Machtmissbrauch der CSU-Fraktion, um parteipolitische Konkurrenz mit möglichst einfachen Mitteln ausschalten zu können. Damit sind wir nicht allein: Selbst Ministerpräsident Seehofer hat sich gegen die Pläne der CSU-Fraktion ausgesprochen. Erst im Jahr 2010 war der einstimmige Beschluss des Landtags erfolgt, den Artikel 35 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes zu ändern. Seitdem wird die Sitzzuteilung bei der Wahl der Gemeinderatsmitglieder und der Kreisräte nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren ermittelt. Ein aus unserer Sicht deutlich gerechterer Weg. Wir erteilen deshalb dem Antrag der CSU eine klare Absage. Ministerpräsident Seehofer muss nun seiner Kritik an der umstrittenen Wahlrechtsreform Taten folgen zu lassen.

Übrigens hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion selbst einen umfangreichen Änderungsantrag zum Kommunalwahlrecht eingebracht und damit weitere Punkte des Gesetzesänderungsantrages der Staatsregierung auf den Prüfstein gestellt. Unter anderem fordern wir die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts bei Gemeinde- und Landkreiswahlen vom 18. auf das 16. Lebensjahr. Wir wollen außerdem auch Gemeinden unter 3.000 Einwohnern ermöglichen, einen ersten Bürgermeisters zu wählen, der sein Amt hauptamtlich ausführt.

Wer hat dafür gesorgt, dass Bevölkerung und Parlament erst mit großer Verspätung über den Salmonellenskandal um das niederbayerische Unternehmen Bayern-Ei informiert wurden? Warum liegen noch immer nicht

alle Fakten auf dem Tisch? Von welchem Zeitpunkt an wussten die Behörden Bescheid über das Ausmaß des Lebensmittelskandals und die Anzahl der Erkrankten? Diese und weitere Fragen soll der **Untersuchungsausschuss „Bayern-Ei“** klären, der von allen drei Oppositionsparteien gemeinsam beantragt wurde. Im Vorfeld war Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf mittels mehrerer parlamentarischer Initiativen aufgefordert worden, sich umfänglich zum „Bayern Ei“-Skandal zu äußern. Leider hat die Ministerin dabei jedes Mal nur den Eindruck erwecken wollen, bei der staatlichen Überwachung sei alles in Ordnung gewesen - und das, obwohl es europaweit 187 zum Teil schwer erkrankten Menschen gab. Für die FREIEN WÄHLER wird der **Freyunger Abgeordnete Alexander Muthmann** in den Untersuchungsausschuss „Bayern-Ei“ gehen. Die konstituierende Sitzung des Ausschusses erfolgt voraussichtlich nach den Pfingstferien.

Fehlende Lehrer, endlose Diskussionen um das Gymnasium und eine sträfliche Vernachlässigung anderer Schularten – so lautet unser Resümee der **bayerischen Bildungspolitik** unter Minister Spaenle. Auf einer Pressekonferenz haben wir diese Woche unsere Forderungen in der Bildungspolitik auf den Tisch gelegt: Wir benötigen an bayerischen Gymnasien rund 1.500 Lehrerstellen zusätzlich, zudem müssen neue Schulen gebaut werden, um das G9 auch flächendeckend anbieten zu können und es bedarf eines sauberen Übergangsmanagements. Für diejenigen Schüler, die sich künftig fürs G8 entscheiden, muss ein entsprechendes pädagogisches Konzept angeboten werden. Allein für das Gymnasium rechnen wir in den kommenden Jahren mit einem Kostenvolumen von einer Milliarde Euro, die entsprechend des Konnexitätsprinzips vom Freistaat zu tragen ist – nicht von den Kommunen! Auch bei den anderen Schularten in Bayern sehen wir einen immensen Handlungsbedarf: Grund-, Mittel- und Realschulen leiden unter der Einstellungsmisere bei Junglehrern. Sie sind dringend auf eine angemessene Lehrerversorgung angewiesen. Inklusion, Integration und Ganztags als wesentliche Ziele bayerischer Bildungspolitik benötigen ebenfalls eine angemessene Unterstützung – auch durch Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Um eine nachhaltige Stärkung des Bildungsstandorts Bayern zu erreichen und dessen hohe Qualität zu erhalten, benötigen diese Schularten in den nächsten Jahren ebenfalls finanzielle Förderungen in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro.

V o r s c h a u

Auf der Tagesordnung der 100. Plenarsitzung des Bayerischen Landtags stehen u.a. ein Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes sowie ein Gesetzentwurf zur Reform der staatlichen Veterinärverwaltung und Lebensmittelüberwachung. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir beide Gesetzgebungen kritisch und konstruktiv begleiten.

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de

Homepage: www.florian-streibl.de